

Rentenpolitik aktuell – Nr. 5

Rentenmauer endlich einreißen!



DIE LINKE.

Rentenmauer endlich einreißen!

Auch nach nunmehr 26 Jahren staatlicher Einheit bestehen nach wie vor beträchtliche Unterschiede zwischen Ost und West. Dazu gehört auch die Rente. So liegt der aktuelle Rentenwert Ost immer noch sechs Prozent unter dem aktuellen Rentenwert West. Ein Rentenpunkt entspricht im Westen einem Wert von 30,45 Euro; im Osten hingegen lediglich 28,66 Euro. Allerdings werden die Ostlöhne hinsichtlich des späteren Rentenanspruchs statistisch etwas hochgewertet, ohne dass die Benachteiligung damit völlig ausgeglichen würde.

Auf die lange Bank geschoben

Schon 2013 sollte die deutsche Renteneinheit hergestellt sein. Das hatten CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm versprochen. Und Kanzlerin Angela Merkel bekräftigte dies mehrfach. Bekanntlich wurde dieses Wahlversprechen gebrochen. Ob das erneute Wahlversprechen, nunmehr von der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD eingehalten werden wird, steht in den Sternen. Skepsis ist wahrlich nicht unbegründet. Das Scheingefecht geht darum, wie man sich zur bisherigen Hochwertung der Ostlöhne verhalten soll. Erst jüngst wurde zudem bekannt, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) unter keinen Umständen bereit sein soll, die für die Rentenangleichung benötigten finanziellen Mittel freizugeben.

Welche Haltung vertritt DIE LINKE?

Nach unserer Auffassung hätte die bestehende Rentenmauer zwischen Ost und West schon lange verschwunden sein müssen. Das leitet sich nicht zuletzt aus dem Gebot des Grundgesetzes ab, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu schaffen. Die deutsche Renteneinheit muss daher umgehend hergestellt werden. Die dafür notwendigen Steuermittel von jährlich ca. 5 Milliarden Euro sind durchaus verfügbar. Im Übrigen ist diese Summe im Vergleich zu den Ausgaben für die Rettung von Großbanken oder den Kosten für militärische Auslandseinsätze eher bescheiden. Schließlich muss die Hochwertung ostdeutscher Löhne so lange beibehalten werden, weil Ostdeutsche nicht doppelt bestraft werden dürfen, zunächst wegen geringerer Löhne und daraus folgend wegen niedrigerer Renten.